



Verband Berlin-Brandenburgischer  
Wohnungsunternehmen e.V.

## Berliner Zeitung: Debatte über die Wohnungsbaupolitik in Berlin nach SPD-Fraktionsklausur

23.01.2018      Fachinformation

In ihrer Ausgabe vom 23. Januar 2018 berichtet die Berliner Zeitung über den Fortgang der Debatte nach der SPD-Fraktionsklausur am 19. Januar in Hamburg, bei der das Thema Wohnungsbau im Fokus stand. Die Fraktion forderte, deutlich mehr Bauflächen auszuweisen und private Wohnungsunternehmen stärker beim Neubau einzubeziehen. Außerdem solle ein Lenkungsgremium unter Federführung des Regierenden Bürgermeisters eingerichtet werden, das Konflikte im Wohnungsbau lösen soll, berichtet das Blatt weiter. Der BBU forderte einen „Masterplan Wachstum“ für Berlin, der mit Brandenburg abgestimmt sein solle.

Die Zuständigkeiten für Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren sollten stärker bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angesiedelt werden. Außerdem müsse es mehr bezahlbares Bauland geben. „Hierfür müssen alle Bauland-Reserven auf den Prüfstand gestellt werden, und da brauchen wir auch wieder eine Diskussion um das Tempelhofer Feld oder die Elisabeth-Aue“, sagte BBU-Sprecher David Eberhart. Das Tempelhofer Feld darf nach dem Volksentscheid von 2014 nicht angerührt werden; die Bebauung der Elisabeth-Aue wurde von Rot-Rot-Grün zumindest bis 2021 zurückgestellt. Auf beiden Flächen waren rund 10.000 Wohnungen geplant

<https://bbu.de/beitraege/berliner-zeitung-debatte-ueber-die-wohnungsbaupolitik-berlin-nach-spd-fraktionsklausur>